

15. Januar 2025

Wirtschaft zur Kasse bitten?

Zur Abstimmung über die Umweltverantwortungsinitiative am 9. Februar

Die Schweiz gehört zu den führenden Nationen in Sachen Umweltschutz. Dank des allgemeinen Wohlstands kann man sich die vorhandenen Umweltmassnahmen leisten. Das ist sehr zu begrüßen.

Trotzdem steht die nächste Initiative an und will dieses Mal die Schweizer Wirtschaft als Verursacher mit Vorschriften, Verboten und entsprechenden finanziellen Konsequenzen zur Kasse bitten. Schlussendlich wird der Konsument und Bürger dies wie immer indirekt bezahlen.

Die Argumente des Pro Komitees passen nicht zur Schweiz und wirken wie abgeschrieben von einer internationalen Umweltkonferenz. Luft und Wasser sind bei uns zum Glück nicht mehr in Gefahr. Trotzdem wird mit der Angstkeule unpassende Spannung erzeugt.

Das Hauptproblem der Schweiz ist die Bevölkerungsexplosion, die viel mehr Ressourcen benötigt als vor Jahrzehnten. Dort könnte man ohne Verbote und Strafen mit gesundem Augenmass schnell gute Effekte erzielen. Neun Millionen Bewohner sind genug, wäre eine gerechte und effiziente Umweltverbesserung.

Die Initiative ist zu extrem und darum unnötig. Wenn man die geltenden Gesetze in der Schweiz konsequent umsetzt, sind wir weltweit führend. In zehn Jahren weitere 67 % Umweltbelastung zu reduzieren ist eine Illusion und trifft die Falschen. Wir sind ja bereits überall sehr tief bei den Messwerten, da wird es immer schwieriger.

Wirtschaftsfeindlichkeit passt nicht zur Schweiz, Pragmatismus ist der richtige Weg, einmal mehr. Gesundes Augenmass ist die Basis für unseren Erfolg bei der Umwelt. Darum Nein zur «Verarmungsinitiative».

Fredy Prachoinig, Kantonsrat SVP, Schwyz